



Saudi-Arabien: *Abdulkareem al-Hawaj*, Folter, Todesstrafe

Hintergrundinformationen



Saudi-Arabien: 28,2 Mio. Einwohner auf 2.240.000 km² Fläche, BSP/Einw. 18.030 \$ (2011), Bevölkerung: 74% Saudi-Araber, 25% ausländische Arbeitskräfte; Islam ist Staatsreligion: 98% Muslime (überwiegend Sunniten), Minderheiten von Christen und Hindus; islamische absolute Monarchie seit 1932. Saudi-Arabien hat das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* unter Vorbehalt ratifiziert, nicht jedoch den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte*.



Am 10. Oktober findet der **14. Welttag gegen die Todesstrafe** statt. Bevor ACAT im kommenden Monat eine Kampagne zum diesjährigen Thema des Welttags, Todesstrafe und Terrorismus, verbreiten wird, nehmen wir den Fall eines von der Hinrichtung bedrohten 20-jährigen Häftlings in Saudi-Arabien in den Blick.

Saudi-Arabien hat eine der höchsten Hinrichtungsraten weltweit: über 2.200 Menschen wurden zwischen 1985 und 2015 exekutiert. Allein zwischen Januar und September 2016 sind in Saudi-Arabien mindestens 118 Personen hingerichtet worden. Die Hinrichtung von 47 Personen unter Hinweis auf Terrorismus und Anstiftung zu Gewalt im Januar 2016 rief weltweit Empörung hervor.

Am 27. Juli 2016 ist **Abdulkareem al-Hawaj** vom Sonderstrafgericht in Riad zum Tode verurteilt worden.

Er war zum Zeitpunkt der ihm vorgeworfenen Tat 16 Jahre alt. Der Angehörige der schiitischen Glaubensrichtung gibt an, dass man ihn fünf Monate lang in Einzelhaft ohne Kontakt zur Außenwelt oder zu einem Rechtsbeistand festgehalten und mit Folter zu „Geständnissen“ gezwungen habe.

Er wurde mehrerer Anklagepunkte für schuldig befunden, darunter „Werfen von Molotowcocktails“, „Teilnahme an Unruhen, bei denen auf ein gepanzertes Fahrzeug geschossen wurde“, „Teilnahme an illegalen Versammlungen und Skandieren gegen den Staat“, Nutzung von sozialen Medien zur Verbreitung von Fotos und Videos von Demonstrationen in Qatif und in Bahrain sowie „Beleidigung der Führungsriege“. Gerichtsdokumente zufolge beziehen sich die Anklagen auf die Zeit des Ramadan im August 2012, als der Gefangene 16 Jahre alt war. Das Gericht hat sich bei seiner Entscheidung offenbar ausschließlich auf „Geständnisse“ gestützt, die laut Abdulkareem al-Hawaj entstanden sind, als er ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten und gefoltert wurde. Seine Familie hat Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt.

Laut Amnesty International vorliegenden Informationen wurde Abdulkareem al-Hawaj am 16. Januar 2014 an einem Kontrollpunkt in dem Dorf al-Awamia in der Region Qatif in der Provinz asch-Scharqiyya festgenommen. Man brachte ihn zum Gefängnis des Geheimdiensts des Innenministeriums (*al-Mabahith*) in Qatif. Vollzugsbeamte sollen ihn mit Händen, Schuhen und Stöcken geschlagen haben. Nach einer Woche brachte man ihn in das Gefängnis des Geheimdiensts in Dammam im Osten Saudi-Arabiens. Auch dort soll er gefoltert worden sein. Unter anderem habe man ihn während der Verhöre geschlagen und damit gedroht, seine Familie zu töten, um ihn so zu zwingen, ein „Geständnis“ zu verfassen und zu unterschreiben. Abdulkareem al-Hawaj befindet sich noch immer im Gefängnis in Dammam.

Als die Angehörigen des Gefangenen sich nach der Festnahme auf Polizeiwachen und in Gefängnissen in Qatif nach ihm erkundigten, gaben die dortigen Beamten an, dass er sich nicht in ihrem Gewahrsam befinde. Die Familie erfuhr erst von seinem Aufenthaltsort, als ihr ein Beamter des Gefängnisses in Dammam etwa fünf Monate nach der Festnahme telefonisch mitteilte, dass man Abdulkareem al-Hawaj dort festhalte und sie ihn besuchen könnte.

Gerichtsdokumenten zufolge wurde er mehr als zwei Jahre ohne Anklage festgehalten. Er streitet alle Beschuldigungen ab und erklärt, keine der angelasteten Handlungen begangen zu haben.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an den Innenminister von Saudi-Arabien und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto 0,90 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.10.2016.*

[Fax-Nr. der Botschaft: 030/88925179, Herrn Awwad Saleh Abdullah Alawwad; E-Mail: deemb@mofa.gov.sa]

**His Royal Highness
Prince Mohammed bin Naif bin Abdul Aziz Al Saud
Ministry of the Interior
P.O. Box 2933, Airport Road, Riyadh 11134
SAUDI-ARABIEN**

Exzellenz,

Berichte über die drohende Hinrichtung eines Gefangenen in Saudi-Arabien veranlassen mich, Sie um Unterstützung zu ersuchen.

Am 27. Juli 2016 hat das Sonderstrafgericht in Riad **Abdulkareem al-Hawaj** zum Tode verurteilt.

Der Gefangene war zum Zeitpunkt der ihm vorgeworfenen Taten, im August 2012, 16 Jahre alt. Er gibt an, dass man ihn nach seiner Festnahme am 16. Januar 2014 fünf Monate lang in Einzelhaft ohne Kontakt zur Außenwelt oder zu einem Rechtsbeistand festgehalten hat. Unter Folter ist er zu „Geständnissen“ gezwungen worden, die vor Gericht gegen ihn verwendet wurden.

Die gegen Abdulkareem al-Hawaj erhobenen Vorwürfe umfassten unter anderem „Werfen von Molotowcocktails“, „Teilnahme an illegalen Versammlungen und Skandieren gegen den Staat“ und die Nutzung von sozialen Medien zur Verbreitung von Fotos und Videos von Demonstrationen in Qatif und in Bahrain. Seine Familie hat Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt.

Als Vertragsstaat der UN-Konvention über die Rechte des Kindes hat sich Saudi-Arabien dazu

verpflichtet, die Todesstrafe nicht gegen Personen zu verhängen, die zum Zeitpunkt einer ihnen angelasteten Straftat jünger als 18 Jahre alt waren.

In Anbetracht dieser Umstände appelliere ich an Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass:

- das Todesurteil gegen Abdulkareem al-Hawaj aufgehoben wird und eine Neuverhandlung gemäß internationalen Standards für faire Verfahren und unter Berücksichtigung der Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention stattfindet;
- die Folter- und Misshandlungsvorwürfe unabhängig und umfassend untersucht werden;
- ein Hinrichtungsmoratorium verfügt wird mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung der Todesstrafe für alle Straftaten.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herrn Awwad Saleh Abdullah Alawwad
Botschaft des Königreichs Saudi-Arabien
Tiergartenstr. 33-34
10785 Berlin

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übersende, möchte ich den Innenminister des Königreichs Saudi-Arabien auf das Todesurteil gegen den Gefangenen **Abdulkareem al-Hawaj** aufmerksam machen und ihn darum bitten, sich dessen Schicksals anzunehmen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)



Indonesien: *Agustinus Aud*, Sorge um Sicherheit

Hintergrundinformationen



Indonesien: 246,8 Mio. Einwohner auf 1.912.988 km² Fläche, BSP/Einw. 3.420 \$ (2012), Bevölkerung: v.a. Malaien, 40% Javaner, Minderheiten von Chinesen, Indern, Pakistanern, Europäern und Amerikanern, Religion: 88% Muslime, 8% Christen, Minderheiten von Hindus, Buddhisten sowie Anhängern von Naturreligionen. Indonesien ist seit 2006 Vertragsstaat des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* und hat das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* mit Vorbehalt ratifiziert.



Der politische Aktivist **Agustinus Aud** beteiligt sich sehr aktiv an der Organisation von friedlichen Demonstrationen gegen die indonesische Politik in der Region Papua. Am 24. September 2016 versuchten Männer in Zivilkleidung, ihn zu entführen. Gegen drei Uhr umstellten mindestens zehn Männer in Zivilkleidung sein Haus in Sorong in West-Papua. Die Gesichter der Männer waren mit Schals verdeckt und sie gaben an, Polizeibeamte zu sein. Sie schlugen gegen die Tür und die Fenster des Hauses und befahlen Agustinus Aud, herauszukommen. Nachdem einige der Männer ein Fenster eingeschlagen hatten, sah er, dass zwei von ihnen mit Gewehren bewaffnet waren. Agustinus Aud befürchtete, entführt und getötet zu werden. Er weigerte sich, herauszukommen und rief seine Freunde an, um diese zu bitten, unmittelbar zu seinem Haus zu kommen. Um vier Uhr erreichten sechs Freunde sein Haus und sahen dort mindestens zehn Männer mit Waffen in der Nähe des Hauses mit einem Kleinbus und drei Motorrädern. Sobald sie ankamen, verschwanden die Männer.

Agustinus Aud ist Sprecher des Nationalen Komitees von West-Papua (Komite Nasional Papua Barat -KNPB). In den vergangenen Monaten hatte er mehrere Pressekonferenzen und friedliche Demonstrationen organisiert. Dabei hatte er sich dafür eingesetzt, dass die Unabhängigkeitsbewegung von West-Papua (ULMWP), eine Dachorganisation von verschiedenen Gruppen mit dem Ziel einer Unabhängigkeit Papuas, als vollständiges Mitglied der Melanesischen Speerspitzengruppe (MSG) akzeptiert wird. Es handelt sich bei der MSG um eine zwischenstaatliche Organisation mehrerer Staaten im Pazifik. Agustinus Aud kritisierte außerdem die vielen Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte in der Region Papua. Der Versuch, Agustinus Aud zu entführen, verdeutlicht, wie unsicher es für politische Aktivisten in der Provinz ist. Die Entführung und Ermordung des

KNPB-Aktivisten Martinus Yohame im August 2014 zeigt ebenfalls die Gefährdung von Kritikern der Regierungspolitik.

Sowohl durch die indonesische Verfassung als auch durch die nationale Gesetzgebung des Landes werden die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlungen geschützt. Dennoch werden Gesetze noch immer dazu genutzt, friedliche politische Aktivitäten unter Strafe zu stellen und Menschen zu inhaftieren, die lediglich friedlich Gebrauch von ihren Rechten auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung sowie Gewissens- und Religionsfreiheit machen.

Dutzende friedliche politische Aktivisten, darunter Mitglieder des KNPB, sind derzeit in der Papua-Region inhaftiert, weil sie an friedlichen politischen Aktivitäten oder Demonstrationen teilgenommen oder diese mitorganisiert haben. Einige wurden zu Haftstrafen von bis zu 20 Jahren verurteilt. Oft werden die Festgenommenen auf Grundlage der Paragrafen 106 und 110 des indonesischen Strafgesetzbuchs (Straftaten gegen die Sicherheit des Staates) wegen „Rebellion“ angeklagt. Anlass für Festnahmen ist auch immer wieder der Besitz oder das Hissen der Morgenstern-Flagge, ein verbotenes Symbol der Unabhängigkeitsbewegung.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an den Chef der Nationalen Polizei der Republik Indonesien und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto 0,90 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.10.2016.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/44737142, S.E. Herrn Fauzi Bowo; E-Mail: info@indonesische-botschaft.de]

General Tito Karnavian
National Police Headquarters
Jl. Trunojoyo No. 3, Kebayoran Baru
Jakarta Selatan 12110
INDONESIEN

Sehr geehrter Herr General,

in großer Sorge um die Sicherheit des Sprechers des Nationalen Komitees von West-Papua (Komite Nasional Papua Barat – KNPB), Herrn **Agustinus Aud**, wende ich mich an Sie.

Am 24. September 2016 versuchten Männer in Zivilkleidung, ihn zu entführen. Gegen drei Uhr umstellten mindestens zehn Männer in Zivilkleidung sein Haus in Sorong in West-Papua. Die Gesichter der Männer waren mit Schals verdeckt und sie gaben an,

Polizeibeamte zu sein. Die Männer schlugen ein Fenster des Hauses ein und forderten Agustinus Aud auf, herauszukommen.

Da es in der Vergangenheit bereits zu Gewalt gegen Aktivisten bis hin zu Mord gekommen ist, befürchte ich, dass auch Herr Agustinus Aud in großer Gefahr ist. Keineswegs ist es jedoch mein Anliegen, zum politischen Status einer Provinz Ihres Landes Position zu beziehen.

Sehr geehrter Herr General, hiermit bitte ich Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass:

- in Abstimmung mit dem Betroffenen effektive Maßnahmen zu seinem Schutz eingeleitet werden;
- der Entführungsversuch umfassend und unabhängig untersucht wird, damit die Täter in einem fairen Verfahren nach internationalen Standards vor Gericht gestellt werden können;
- die Menschen in Papua die Möglichkeit haben, ihre Meinungen zu äußern, ohne Repressalien oder Einschüchterungen fürchten zu müssen.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit verbleibe ich

mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herrn Fauzi Bowo
Botschaft der Republik Indonesien
Lehrter Straße 16-17
10557 Berlin

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übermittle, wende ich mich an den Chef der Nationalpolizei der Republik Indonesien, Herrn General Tito Karnavian, um ihn auf die versuchte Entführung des Herrn Agustinus Aud in West-Papua aufmerksam zu machen. Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die zu dessen Schutze unternommenen Anstrengungen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)